

**Zeitschrift:** Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer  
**Herausgeber:** Auslandschweizer-Organisation  
**Band:** - (1972)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Die Frauen im Nationalrat  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-911154>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 09.12.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

der vollen Dringlichkeit auch\* den Parlamenten in allen andern europäischen Ländern stellt. Dann stehen wichtige Teile unseres Zivilgesetzbuches, namentlich des Familienrechtes, zur Diskussion. Einen Antrag besonderer Art bildet das Wohnungsproblem mit all

seinen Aspekten (Mieterschutz, aussergewöhnliche Teuerung im Bausektor, Alterssiedlungen, usw.). Unser Verhältnis gegenüber der wirtschaftlichen Integration Europas und namentlich gegenüber der EWG wird schliesslich einen weitem bedeutenden

Aufgabenkreis bilden. Diese Punkte sind zum Teil für die Mitwirkung der Frauen im Parlament ganz besonders geeignet, und ihre Ansichten werden zu ihrer Lösung wertvoll sein.

Marcel Ney

## Die Frauen im Nationalrat

Die letzten Parlamentswahlen haben uns auf einen Schlag elf Vertreterinnen des ehemaligen schwachen Geschlechts im Nationalrat sowie eine Ständerätin beschert.

Dieses sehr schöne Resultat darf die Schweizer Frauen mit Genugtuung erfüllen, denn mit einer Vertretung von 11 Sitzen auf 200 in unserer grossen Kammer hat unser Land auf den ersten Anhieb einen höheren Anteil von Frauen in der obersten gesetzgebenden Behörde als manch anderer europäischer Staat, der schon seit langem das aktive und passive Wahlrecht der Bürgerinnen kennt. Wir möchten unsern Lesern in der vorliegenden Nummer die neuen Nationalrätinnen im Bild und einem kleinen Lebenslauf vorstellen.



**Gabrielle Nanchen, Icogne ▲ (VS)**  
geb. 1943 von Icogne  
Sozialistische Partei  
Hausfrau und Soziologin



**Nelly Wicky, Genf ▲**  
geb. 1923  
Partei der Arbeit  
Lehrerin  
Gemeinderätin



◀ **Anna Sahlfeld-Singer, Altstätten (SG)**  
geb. 1943, von Nennigkofen (SO)  
Sozialistische Partei  
Pfarrerin und Hausfrau  
(Verzichtete nach der Wahl auf die Ausübung ihres Berufes als Pfarrerin)



**Liselotte Spreng, Freiburg ►**  
geb. 1912, von Graben (BE)  
Radikal-demokratische Partei  
Ärztin (Dr.med.) und Hausfrau  
ehemalige Präsidentin des Freiburgerischen Frauenstimmrechtsverbandes



**Elisabeth Blunschy-Steiner, Schwyz**

geb. 1922, von Niederrohrdorf und Oberrohrdorf (SZ)  
Christliche Volkspartei  
Anwältin, Dr. jur. und Hausfrau  
Mitglied des Stiftungsrates Pro Helvetia  
Mitglied des Stiftungsrates und der Stiftungskommission Pro Juventute  
Vorstandsmitglied Verband Volksdienst  
1957–1961 Zentralpräsidentin des Schweiz. Katholischen Frauenbundes



**Martha Ribl-Raschle, Zürich**

geb. 1915, von Zürich und Ermatingen  
Radikal-demokratische Partei  
Adjunktin (Stadtarztamt lic. oec. publ.)  
Kantonsrätin  
Vizepräsidentin der radikal-demokratischen Partei der Stadt Zürich  
Parteileitung der kantonalen radikal-demokratischen Partei  
Mitglied des Verbandes der Akademikerinnen  
Vorstandsmitglied der Krebsliga Kanton Zürich



**Tilo Frey, Neuenburg**

geb. 1923, von Neuenburg  
Radikal-demokratische Partei  
Lehrerin (Ecole Supérieure de Commerce)  
Grossrätin und Gemeinderätin  
Geschäftsleitung der kantonalen radikal-demokratischen Partei sowie Präsidentin ihrer Frauengruppe

**Hedi Lang, Wetzikon (ZH)**

geb. 1931, von Schaffhausen  
Sozialistische Partei  
Buchhalterin  
Gemeinderätin  
1966–1970 Primarschulpflege  
Vorstandsmitglied der Ortsgruppe der Sozialistischen Partei



◀ **Liliane Uchtenhagen, Zürich**

geb. 1928, von Sissach (BL)  
Sozialistische Partei  
Dozentin und Lehrerin für Politik und Volkswirtschaft (Schule für soziale Arbeit, Handelsschule des kaufmännischen Vereins)  
Gemeinderätin  
Vorstandsmitglied der sozialistischen Partei der Stadt Zürich  
Vorstandsmitglied des Frauenstimmrechtsvereins  
Vorstandsmitglied der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendfragen





**Hanny Thalmann, St. Gallen**  
geb. 1912, von Jonschwil (SG)  
Christlich-demokratische Partei  
Dr.oec., Leiterin der Berufsschule  
für Verkauf St. Gallen  
Mitglied des Erziehungsrates des  
Kantons St. Gallen  
Mitglied der schweizerischen Ko-  
ordinationskommission für Mäd-  
chenbildungen  
Mitglied des katholischen Frauen-  
bundes



**Josi J. Meier, Luzern**  
geb. 1926, von Luzern  
Christlich-demokratische Volks-  
partei  
Anwältin und Notarin  
Grossrätin  
Parteileitung der Volkspartei des  
Kantons Luzern  
Mitglied des Kantonalen und  
Schweizerischen Anwaltsverban-  
des

## Interview mit dem Bundespräsidenten

*Am 8. Dezember 1971 wurde nach 24 Jahren erstmals wieder einem Tessiner das höchste Amt unseres Landes zugesprochen. Dr. jur. Nello Celio, heimatberechtigt in Quinto, wurde zum Bundespräsidenten gewählt. Zwei Tage nach der Wahl hat uns Herr Celio mit seiner gewohnten Liebenswürdigkeit in seinem Büro, im ersten Stock des Bernerhofes, empfangen. Wir haben uns in erster Linie nach seinen Plänen zur Behandlung der wichtigsten Fragen erkundigt, die sich ihm während seiner eben begonnenen Amtsperiode stellen werden. Er sprach sich vorab über das Finanzwesen aus.*

Ich glaube, dass wir im finanziellen Bereich als erstes eine neue Währungsregelung ausarbeiten müssen, die meiner Ansicht nach nicht sehr verschieden vom Prinzip von «Bretton Woods» sein kann. Von grösster Dringlichkeit ist die Aufgabe auf feste Zinssätze zurückzukommen und eine Neuanpassung der Währungsparitäten herbeizuführen.

Dieser Schritt ist für die Schweiz als Exportland von ausserordentlicher Bedeutung, da wir andernfalls das Risiko laufen, in einen Protektionismus zu verfallen, der den schweizerischen Interessen zuwiderläuft.

*Und im wirtschaftlichen Bereich?*  
Der dringlichste Punkt scheint mir hier die Schaffung eines Konjunkturinstrumentariums zu sein, das sich einerseits für die Nationalbank auf den Währungsbereich und andererseits für das Volkswirtschaftsdepartement und den Bundesrat auf den Wirtschaftsbe-  
reich erstreckt. Ziel dieses Instrumentariums ist es, dem Bundesrat und der Nationalbank jene Kompetenzen einzuräumen, die gegebenenfalls notwendig sind, um die Nachfrage zu drosseln, die Geldzirkulation in gemässigte Bahnen zu lenken und die Bautätigkeit zu regeln. Gesamthaft kann damit die Inflation, d.h. die Preissteigerung bekämpft werden.

*Die Eidgenossenschaft sichert den Kantonen Subventionen zu. Trotzdem weisen einige Kantone und Gemeinden Defizite auf. Wie stellt sich da das Problem des Finanzausgleichs?*

Es handelt sich dabei nicht bloss um das Problem des Finanzausgleichs, sondern vielmehr um das Problem der Aufteilung der Aufgaben unter Gemeinden, Kantone und Bund.

Mit dem Finanzausgleich kann bloss ein Teil der Missverhältnisse zwischen den verschiedenen Regionen behoben werden, z.B. Missverhältnisse, die durch die unterschiedliche Entwicklung der Industrie, des Handels, des Gewerbes und Handwerks und nicht zuletzt durch die geographische Lage einzelner Kantone entstanden sind. Der Finanzausgleich bezweckt, allen Kantonen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten und Voraussetzungen für ihre Infrastruktur zu bieten.

Die Tatsache, dass fast alle Kantone und grossen Gemeinden ein Verlustbudget aufweisen, ist keineswegs ein Problem der Konjunktur, sondern muss auf den explosionsartigen Anstieg der Infrastrukturkosten und der Teuerung zurückgeführt werden.